

Breslauer



Zeitung.

Nr. 359.

Donnerstag den 28. Dezember

1850.

Abonnements-Anzeige.

Mit dem 1. Januar beginnt ein neues vierteljährliches Abonnement auf die Breslauer Zeitung. Wir laden hierzu ein und bitten, die auswärtigen Bestellungen bei der nächsten Postanstalt so zeitig zu veranlassen, daß dieselben vor dem 1. Januar bei dem hiesigen Ober-Post-Amte eingegangen sind. Die Breslauer Zeitung erscheint täglich des Morgens und nur am Montage des Nachmittags. Die Uebersetzung zur Post erfolgt stets in promptester Weise. — Die hiesigen Abonnenten wollen die neuen Pränumerations- schein in einer der unten genannten Kommanditen, welchen die Morgen-Ausgabe der Zeitung um 6 Uhr, die Nachmittags-Ausgabe um 5 Uhr geliefert wird, in Empfang nehmen. Die stets wachsenden Ansprüche, welche an die großen Tagesblätter gemacht werden, steigern die Herstellungskosten in früher nicht gehabter Weise. Wir erinnern beispielsweise an die Feldpost, welche die Beschaffung der telegraphischen Nachrichten erfordert. Wenn wir desentwegen die Preise für das Abonnement sowohl als für die Inserate nicht erhöhen, so werden wir dazu lediglich durch die starke Betheiligung des lesenden und inserirenden Publikums in Stand gesetzt.

Der vierteljährliche Abonnements-Preis für die Breslauer Zeitung ist nach wie vor am hiesigen Orte 1 Rthl. 15 Sgr., auswärts im ganzen preussischen Staate 1 Rthl. 24 1/2 Sgr. incl. Porto. Die sechs- tige Petit-Zeile oder deren Raum wird den Inserenten mit 1/4 Sgr. berechnet.

Abrechnung Nr. 27, bei Herrn Lauterbach.
Abrechnung Nr. 39, bei Herrn Carl Straß.
Abrechnung Nr. 52, bei Herrn Straß u. Vlesier.
Abrechnung Nr. 40, bei Herrn Hoyer.
Bürgermeister, Wassergasse Nr. 1, bei Herrn Köhler.
Buttermarkt Nr. 4 (Ring), bei Herrn R. Scholz.
Friedrich-Wilhelms-Strasse Nr. 5, bei Herrn Herrmann.
Friedrich-Wilhelms-Strasse Nr. 9, bei Herrn Schwarzer.
Goldene Kugelgasse Nr. 7, bei Herrn Winoß.
Gräßler-Strasse Nr. 1 a, bei Herrn Jung.
Junkerstraße Nr. 33, bei Herrn H. Straß.
Karlplatz Nr. 3, bei Herrn Kraniger.

Klosterstraße Nr. 1, bei Herrn Beer.
Klosterstraße Nr. 18, bei Herrn Spring.
Königsplatz Nr. 3b bei Herrn F. Germerhausen.
Kupferstraße Nr. 14, bei Herrn Fodor Nibel.
Katharinenstraße Nr. 17, bei Herrn Schmidt.
Neue Sandstraße Nr. 5, bei Herrn Neumann u. Bäcker.
Neumarkt Nr. 12, bei Herrn Müller.
Neumarkt Nr. 30, bei Herrn Ziege.
Dorstraße Nr. 1, bei Herrn Breiter.
Dhlauer Straße Nr. 83, bei Herrn Bial u. Comp.
Dhlauer Straße Nr. 55, bei Herrn C. S. Feldmann.
Dhlauer Straße Nr. 62, bei Herrn Rathsoß.

Dhlauerstraße Nr. 75, bei Herrn Hoppe.
Schneidmühl Nr. 1, bei Herrn Neumann.
Kupferstraße Nr. 12, bei Herrn Eliaß.
Kupferstraße Nr. 37, bei Herrn Sonnenberg.
Ring Nr. 6, bei Herrn Josef Mor u. Komp.
Ring Nr. 10/11, bei Herrn Hahn.
Kosenthalerstraße Nr. 4, bei Herrn Helm.
Sandstraße Nr. 12, bei Herrn von Langenau.
Schneidmühl Nr. 36, bei Herrn Streumann.
Schneidmühl Nr. 43, bei Herrn Lücke.
Schneidmühl Nr. 56, bei Herrn Leyer.

Schneidmühl Nr. 36, bei Herrn Stenzel u. Comp.
Schneidmühl Nr. 50, bei Herrn Scholz.
Neue Schneidmühl Nr. 4, bei Herrn Bände.
Neue Schneidmühl Nr. 6, bei Herrn Lörke.
Neue Schneidmühl Nr. 7, bei Herrn Schenck.
Stoßgasse Nr. 13, bei Herrn Karnach.
Lauenzienplatz Nr. 9, bei Herrn Reichel.
Lauenzienstraße Nr. 71, bei Herrn Thomale.
Lauenzienstraße Nr. 78, bei Herrn Herrm. Enke.
Wißgerbergasse Nr. 49, bei Herrn Strobach.
Wißgerbergasse Nr. 25, bei Herrn Siemon.

Breslau, im Dezember 1850.

Graf, Barth und Comp., als Verleger der Breslauer Zeitung.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Kassel, 27. Dez. Heute gegen 10 Uhr ist der Kur- fürst angekommen. Vom Bahnhof bis zum Friedrichs- platz hatten die kurbesessenen Truppen ein Spalier gebil- det, dann waren in Parade die kurbesessenen, preussischen und bairischen Truppen aufgestellt. Die kurbesessenen Truppen begrüßten, sowie das übrige Militär, den Kurfürsten mit einem Hurrah, das Volk aber brachte ein Hurrah der kurbesessenen Garde, der Artillerie und den preussischen Truppen. Vergangene Nacht durchzogen zahlreiche Patrouillen die Stadt wegen argen Schlägereien mit den Bayern.

Uebersicht.

Breslau, 27. Dezember. Die Politik ruht; Korrespondenten so wie Zeitungen feiern das Weihnachtsfest; die Ausbeute der un- tergegangenen politischen Nachrichten ist daher äußerst gering und reduziert sich fast auf Null.

Von den Sitzungen des Fürstenkollegiums in Berlin hat man in neuester Zeit wenig vernommen; die halböffentlichen Organe, welche bisher regelmäßig darüber berichtet hatten, schwiegen ganz, denn was sie hätten berichten können, war nichts Angenehmes. Man erfährt man durch nicht-preussische Blätter etwas Näheres darüber. Die Dr. Bremer Ztg. nämlich meldet: daß der Bevollmächtigte der sächsischen Staaten, Staatsrath Seebach, in einer der letzten Sitzungen ange- fragt habe, ob Preußen nicht die Fundamente der Verbündeten vor- legen wolle, auf denen es im Verein mit denselben bei den Konferenzen zu verhandeln gedenke? Es wurde geantwortet: Doch in der nächsten Sitzung (vom 11. d. M.) wird der preussische Bevollmächtigte auf wie- derholte Andringen aus, wodurch die ohnedies gereizte Stimmung nicht beruhigt wurde. Auf die Anfrage von der Ernennung des Generals v. Peuder zum Kommissar für Kurpfalz erklärten die übrigen Bevoll- mächtigten, daß sie hierüber keine Instruktionen besäßen, folglich sich auch nicht äußern könnten. Der sächsische Bevollmächtigte sagte sich sogar sofort von allen etwaigen Fragen los, die in Folge der Di- plomaten-Punktion gegen Kurpfalz angeordnet würden. (Dennoch aber hat General Peuder dem Ober-Appellations-Gericht in Kassel erklärt, daß er im Auftrag und Einvernehmen aller deutschen Regierungen gegen die Kurpfalz sei.) Einen wahren Sturm erregte der Antrag Badens: die Sitzungen des Fürstenkollegiums zu schließen. Er mußte zurückgenom- men werden.

Der Minister des Innern befindet sich entschieden in der Beförderung. Mit der Abreise des Generals v. Bülow nach Hofstein wird es nicht so rasch gehen, da bis jetzt der österreichische Kommissar noch nicht ernannt ist.

Ueber die Eröffnung der Minister-Konferenzen in Dresden am 23. Dezember erfährt man noch, daß die Rede des Fürsten Schwarzenberg zwar sehr lang, aber gerade in den Hauptpunkten sehr dunkel und allgemein gehalten war. Minister v. Mantuffel sprach kürzer und bestimmter. In beiden Reden zeigten sich trotz ihrer absichtlichen unbestimmten Haltung dennoch bedeutende einander ent- gegengesetzte Ansichten. Der österreichische Minister sprach von der Revision der Bundesverfassung, der preussische von Aufrechterhaltung der Verfassung und der Nothwendigkeit von Neugehaltungen. Nach der Eröffnung gab der König von Sachsen ein Diner, wozu aber nur die königlichen und die Bevollmächtigten der dem sächsischen Hause verwandten Staa- ten eingeladen waren. — Am 24. Dezember fand keine eigentliche Kon- ferenz statt. Am 27. Dezember sollte die vollständige Konstituierung vorgenommen werden. Wahrscheinlich werden auch bis dahin die noch fehlenden Bevollmächtigten (für Schwaben, Oberbayern, Pfalz und Baden) eingetroffen sein. Die zunächst wichtigste Frage wird wohl dann die Präsidialfrage bilden. — Die Minister Schwarzenberg und Mantuffel fallen unausgesprochen Privatsprecher, zu denen auch der öster- reichische Gesandte Proteich und der preussische Bevollmächtigte Alvens- leben gezogen werden. Man arbeitet hier an einer gemeinsamen Vor- lage für die Verfassung. Außer der allgemeinen deutschen Verfas- sungs-Frage dürfte von den speziellen deutschen Fragen die sächsisch- bairische Angelegenheit zuerst zur Beratung gezogen werden. Ueberhaupt ist bis jetzt von einem Einverständnis der wenigstens der- les ist zerstreut und zerstückelt in Parteilagen, und daher den Intriguen der freien Spielraum gelassen. An eine baldige Beendigung der Mi- nisterial-Konferenzen ist unter diesen Umständen gar nicht zu denken. Aus den Vorträgen in Kassel vom 22. bis 25. Debr. sind fol- gende charakteristische Äußerungen hervorgegangen: nämlich 1) daß der öster- reichische Kommissar als Bevollmächtigter des „Bundesrathes“ auf- tritt und alle Maßregeln und Maßnahmen des preussischen Kom- missars mit auffallender Geringschätzung, wenn nicht gar mit gänzlicher Nichtachtung behandelt. Ganz gegen Willkür der Diplomaten-Punk- tionen rücken am 22. dreimal so viel Truppen (österreichische und bairische) in Kassel ein, als preussische dajelbst sich befinden. Auch der Kaiser eigenmächtig von dem österreichischen Kommissar und im Namen des ganzen deutschen Bundes über Kassel verhängte Kriegs- aufstand und Exekution stellte den preussischen Kommissar in seinen bei-

den vorangegangenen Vermittelungsversuchen gegebenen Versicherungen und Hoffnungen bloß. Die Einprache, welche General Peuder gegen- über den kurpfälzischen Bevollmächtigten erhob, blieb frucht- los. Die Folge hiervon war, daß die an der kurpfälzischen Grenze postierten preussischen Truppen (wiewohl auch erst nach wiederhol- tem dringenden Anrufen in Berlin per Telegraph), nach Kassel zu- rückzogen. Nun rückt ein Bataillon Bayern nach am frühen Abend des 23. Debr. aus Kassel. — Der zweite bemerkenswerthe Zug ist die große Erbitterung zwischen Preußen und Bayern, die bereits zu mehreren blutigen Konflikten geführt hat. Wir theilen hierüber unter dem Artikel Kassel einige Data mit. Alle diese bedenklichen Symptome haben vielleicht das Ziel, welches die telegraphische Depesche in der gestrigen Zeitung meldet, herbeizuführen, näm- lich den Einmarsch der kurbesessenen Truppen in Kassel, und das für den 27. Dezember erwartete Eintreffen des Kurfürsten. Um eine Aus- gleichung zwischen der Regierung und dem Volke leichter zu bewerkstel- ligen, verzichtet erstere darauf, sich von jedem Beirathen die Anerkennung der Verfassung vom 28. Sept. lassen zu lassen. Auch sind bereits viele Ministerialbeamte in Kassel eingetroffen, wahrscheinlich ein Zeichen, daß das Reich der Kommissare bald ein Ende haben, und die kurbes- sene Regierung die Fäden selbst ergreifen wird.

Aus Bayern soll der größte Theil der dort stehenden öster- Truppen wieder zurück nach Vordräng, und die übrigen nach Kur- pfalz marschiren.

Der sogenannte Bundestag ist fest entschlossen, das Fest während der bevorstehenden Konferenzen nicht aus den Händen zu geben, und dürfte darin selbst von Österreich unterstützt werden. Nachrichten aus Wien melden, daß Österreich darauf bestünde, den Bundestag solange in seiner Geltung zu belassen, bis die neue deutsche Centralgewalt geschaffen sein würde.

Im Königreiche Sachsen streitet man jetzt ernstlich an die Ent- wicklung des Reiches.

Auch in Württemberg thut man ein Gleiches.

In der ersten Hälfte des Monats Januar werden viele deutsche Kammer in ihre Thätigkeit wieder eröffnen. In die politische Welt dürfte dadurch wieder ein reges Leben gebracht werden.

Breslau, 27. Dezember.

Die Volksvertretung am Bundestage, gegen die wir schon in einem früheren Artikel unsere erste Bedenken ausgespro- chen haben, ist seitdem noch von verschiedenen Seiten her als eine liberale Forderung aufgetaucht.

Wir können nur wünschen, daß die Unklarheit, welche jenem Postulate offenbar zu Grunde liegt, recht bald einer gesunden Einsicht in den nothwendigen Gang unserer nächsten Zukunft weichen möge. Für den Ausgang der Dresdener Konferenzen wird es zwar ganz gleichgültig bleiben, ob die bairischen Kam- mern oder alle Volksvertretungen Deutschlands, ob Versammlun- gen und Vereine in Hannover oder einstimmig die ganze Nation eine Vertretung des Volkes am Bundestage verlangen. Die in Dresden versammelten Diplomaten werden es so gut wissen, wie wir, daß sie nicht dorthin gefandt sind, um sich mit den Ange- legenheiten des deutschen Volkes zu beschäftigen, sondern um die Interessen ihrer respektiven Souveräne als ihrer alleinigen Volks- macher wahrzunehmen und sie werden dafür sorgen, daß ihr so beschränktes Mandat auch dann nicht überschritten wird, wenn das betreffende dynastische Interesse hin und wieder einen klühnen Zug nach der liberalen Seite aus dem diplomatischen Schachbrett nöthig machen und sie veranlassen sollte, zur Sicherstellung ihres „Königs“ dem „Gegensatz“ mit dem „Bauer“ Schach zu bie- ten. Wenn der „Bauer“ seine Bestimmung erfüllt hat, läßt man ihn ja gern fallen und wenn durch eine Volksvertretung am Bunde die bedrohte Souveränität der kleinen Majestäten erst wieder stabilisiert ist, wird man schon dafür sorgen, daß diese Volks- vertretung den Königen gegenüber nichts zu bedeuten habe.

Für die Wölfer jedoch und ihre Zukunft ist es durchaus nicht gleichgültig: ob sie auf oder ohne dem Irdischen nachgehen und nach den trügerischen gebotenen Lockpfeilen ihrer Feinde lästern bis- sen, oder ob sie unverwandelt dem echten Sterne folgen und durch keinen falschen Schimmer sich von dem graden Wege ablocken lassen, wie fern das Ziel auch noch liegen möge.

Die Vergeßlichkeit vom Jahre 1848 ist grade deshalb so schnell und resolutlos verwaht, weil die Uebereinstimmung über ein ge- meinsames festes Ziel fehlte und jedes kleine Gebot ein ganz apartes System auszubilden sich vermaß. Während jetzt die Di- plomaten sich an dem Probleme abarbeiten, welches wir ungelöst haben liegen lassen, möge diese Zeit der Ruhe wenigstens zur Verbreitung und Befestigung einer gesunden Erkenntnis benutzt werden, damit, wenn die Geschichte wieder einmal die Wölfer zur Mitwirkung aufrufen sollte, nicht wieder flümpferhafte Schüler ihre großen Aufgaben in die Hände nehmen und verpfuschen, sondern besonnene und erfahrene Männer das ausführen, wor- über sie längst sich verständigt und geeinigt haben.

Es kann nicht bestimmt genug hervorgehoben werden, daß die einzige Beziehung, in welche sich die Dresdener Konferenzen zu den Wölfen setzen können, der Angriff auf deren verfas- sungsrechtliche Freiheit sein muß. Die Wölfer ihrerseits wer- den darum dann die richtige Stellung zu jenem Kongresse ein-

nehmen, wenn sie sich gerüstet in die Verteidigungslinie stellen. So wie den Dresdener Konferenzen bereits von mehreren gesin- nungsverbundenen Seiten her die Normierung des Verfassungsge- bens der Einzelstaaten als eine Hauptaufgabe untergestellt worden ist, so müssen die Wölfer in der Erhaltung der bedrohten Verfas- sungen ihre nächste Aufgabe sehen.

Die Forderung einer Volksvertretung am Bundestage enthält schon das Zugeständnis an diesen Bundestag, daß man sich in seine Einmischung in Verfassungsangelegenheiten fügen werde. Ein solches Zugeständnis darf aber nimmermehr gemacht wer- den. Die Verfassungen der größten deutschen Staaten und namentlich die preussische Verfassung scheiden den gesetzgeberi- schen Produkten eines Bundestages jeden Weg zur Erlangung der Reichsverbindlichkeit ab. Man übergebe nicht diese letzte feste Burg für ein zweiterhöchstes Schlingens. Kann die deutsche Diplomatie mit den deutschen Verfassungen durchaus nicht re- gieren, so mag sie selbst sich die Bahnen brechen für den Ver- fassungssturm, und die letzten Schollen des Reichsbodens un- ter ihren Füßen wegstoßen. Willst du zeigt es sich doch bereinst, daß die Gewalt ein kürzeres Dasein hat als das Recht und der Gehaltigkeit zuletzt selbst in die Grube fällt, welche er gegraben hat. Willst du zeigt es sich doch nicht so leicht sein, die Tragödie der kurbesessenen Verfassungsumwälzung noch einige dreißig Male in Deutschland aufzuführen.

Darum mögen die deutschen Staaten zunächst ihre Verfassun- gen schützen, und wenn sie selbst vielleicht dazu zu schwach sind, lieber noch einige Jahre des Ungemaches erdulden, aber nicht um einer vorübergehenden und zweifelhaften Linderung willen, in der Volksvertretung am Bundestage ein Palliativmittel fordern, welches in seiner nächsten Wirkung das preussische Ver- fassungsleben verflucht und damit jede Hoffnung eines derinfin- gen konstitutionellen Regiments und einer Concentration der deutschen Staaten um ein konstitutionelles Preußen vernichten müßte.

Wir begreifen es sehr wohl, warum Baden nach der Volks- Vertretung am Bundestage als dem nächstliegenden Strohhalme greift. Das Gefühl, daß es der herrschenden Reaktion gegen- über in dem verfassungsmäßigen Kampfe unterliegen werde, läßt es in den Reihen der Gegner nach einem Bundesgenossen suchen, der wenigstens die ihm zugesagten Streiche theilweise pariren und weniger empfindlich machen könnte. Aber es täuscht sich. Dieser Bundesgenosse würde zuerst den Kampf um seine Existenz zu bestehen haben und in diesem entweder unterliegen oder zuletzt dem Gegner zufallen.

Wir begreifen es auch, daß die bairische Dynastie sich nicht ungern hinter eine Volksvertretung am Bundestage ver- schütten würde. So wenig Bayern bisher von liberalen Grundfragen gehalten hat, so wird es doch sicher nicht die Verstärkung sei- ner Macht und seines Einflusses durch eine liberale Idee ver- schmähen, wenn es die Hoffnung auf anderweitigen Machtzu- wachs nun einmal aufgeben muß. Bayern ist durch den schü- tern Versuch Preußens zur Bildung einer parlamentarischen Union zu unsanft aus seinen Großmachtsträumen aufgeweckt worden, als daß es nicht der Wiederkehr solcher Störungen ent- schieden sollte vorbeugen wollen. Wir wästen aber kein wirk- sameres Schuttmittel gegen erneuerte unionistische Versuche, als die Erreichung einer Art nichtbedeutender Volksvertretung am Bun- destage. Um zu begreifen, daß ein Rückwärt von drei in und übereinander geschachtelten Reihen von Volksvertretungen zu jeder Bewegung untüchtig ist, dazu reicht schon die Einsicht eines po- litischen Kennenmanns aus. Ist daher eine Volksvertretung am Bundestage glückselig zu Stande gebracht, so wird es schwerlich noch Jemandem in Deutschland einfallen, zwischen die Kammer der Einzelstaaten und die Repräsentation am Bundestage noch eine Art Unions-Parlament einzufalten. Damit ist dem „Em- porwärt“ Preußen für alle Zukunft ein Weg vorgeschoben, die „Großmacht“ Bayern steht unantastbar da, denn sie wird es nicht unterlassen, so oft ihre Souveränität das Gleichgewicht zu verlieren droht, als die größtmögliche Beschützerin des „National- Parlamentes“ aufzutreten und bis nach überstandener Gefahr mit den liberalen Ideen sich zu identifiziren.

Preußen hat viel an Deutschland verschuldet, aber daß es der Großmacht Bayern geopfert werde, hat es doch nicht verdient. Freilich hat es nicht verstanden, Deutschland im entscheidenden Momente zusammenzuhalten und zu führen, aber es hat noch nie- mals die Ausländer nach Deutschland gerufen. Freilich hat es die ihm verbündeten kleineren Staaten auf eine schwer zu bezeichnende Art ver- lassen und zurückgeschoben, aber es hat doch in der Zeit der dringenden Noth durch rasche Hilfe ihre Existenz gerettet, während Bayern, welches seinen Beruf als Schutzmacht bis zu diesem Tage noch durch nichts erprobt hat, damals selbst in den Reihen jener klei-

nen, schukbedürftigen Staaten stand. Durch alles Schlimme und Beschämende, was in der letzten Zeit von Preußen ausge- gangen ist, wird dennoch die Wahrheit nicht erschüttert, daß Preußen zunächst und zumeist den Beruf und die Kraft hat, Deutschland zu befehlen, zu einigen und zu führen.

Die beklagenswerthe Haltung der preussischen Regierung macht es entschuldbar, wenn die übrigen und namentlich die klei- neren deutschen Staaten jene Wahrheit im Unmuth zuweilen vergessen. Aber dauernd und konsequent sie abzuweisen, und mit Saß und Pack zur Abwechslung in das bairische oder öster- reichische Lager überzugehen, wäre nicht mehr eine Handlung ge- reifter Männer, sondern ein Knabenstreich politischer Kinder.

Noch hat Preußen, das Volk, der Staat, nicht den Beweis geliefert, daß es aufgegeben sei in der absoluten Frei- den- und Nachgebildetheit des Herrn v. Mantuffel, und den Beruf aufzugeben gedenke, den unsere Lage und Geschichte uns angewiesen. Alle Organe der Volksstimme sind kräftig ein- getreten für die Rechte, welche die Hälfte der deutschen Regie- rungen mit unerhörter Verwegenheit darniedergetreten und die preussische Regierung zuletzt preisgegeben hat. Mit einer Mehrheit, wie sie nur selten sich zusammenfindet, hat eine preus- sische Kammer, so unvollkommen gebildet, wie nur selten eine, die Politik verurtheilt, die ganz Deutschland verurtheilt, und Alles das als den Willen des preussischen Volkes bekundet, was Deutschland von Preußen verlangte und zu erwarten berechtigt war. Alle Organe der preussischen Presse — mit Ausnahme jener zwei Blätter, von denen das eine, wie es scheint, die Re- gierung inspirirt, und das andere von der Regierung inspirirt wird — haben diesem Wortum der Kammer sich energisch ange- schlossen, und wer in die engen Kreise des Volkslebens ein- dringen will, wird sich bald überzeugen, ob die Zahl der Verehrer der Politik von Warschau und Dmütz die Zahl der Unterzeichner gewisser zusammenkommandirter Dank-Adressen so sehr übersteigt.

Warum hat aber Preußen trotzdem seinen Beruf nicht erfüllt? Weil das konstitutionelle Leben bei uns noch ohnmächtig darnie- derliegt, weil der Wille der Nation gegen den Willen von oben noch nichts vermag.

Wir haben in unserer Verfassung die Mittel, um allmählig die Regierung zur Anerkennung des Volkswillens zu vermögen. Wir werden das Ziel vielleicht nur langsam und unter schweren Kämpfen erreichen, aber wir können es erreichen, wenn nicht eine fremde Autokratie sich zwischen unsere verfassungsmäßige Entwicklung drängt. Wenn wir es erreicht haben, wenn nicht mehr eine unpersönliche Kette, sondern das preussische Volk über die Richtung unserer Politik entscheiden wird: dann braucht Deutschland um den Schutz seiner Freiheit und die Vereinigung seiner Macht nicht länger zu bangen, dann wird Preußen an der Stelle zu finden sein, wosin die Geschichte uns längst ge- rufen, wo Deutschland uns zu sehen längst erwartet hat.

Darum sehe man unsern Kammer in einer Volksvertretung am Bunde keine lästige Kontrolle vor. Ohne selbst zu einer parlamentarischen Bedeutung zu gelangen, würde eine solche In- stitution doch stets zur bereiten Handhabe dienen, um die Rechte der Einzelkammern zu beschneiden.

Die kleinen deutschen Staaten müssen sich bescheiden, daß, wenn der Konstitutionalismus in Deutschland gerettet und fest begründet werden soll, dies nur in einem Staate möglich ist, welcher auf eigenen Füßen zu stehen vermag. Die Förderung und Beschützung des konstitutionellen Lebens in Preußen muß der Einigungspunkt aller wahrhaft deutschen Staatsmänner in Deutschland sein. Auf diesem festen Grunde wird sich dann der Bau eines deutschen Bundes- staates sicher gründen lassen, als wenn man jetzt um jeden Preis, sei es auch in die Luft, ihn aufzuführen versucht.

Preußen.

Berlin, 26. Debr. Se. Majestät der König haben aller- gütigst geruht, dem Oberarzt des Peter-Pauls-Hospitals zu St. Petersburg, Staatsrath v. Thielmann, den rothen Adler-Orden dritter Klasse, und dem Ober-Inspektor dieser Anstalt, Kol- legen-Assessor v. Salzmann, so wie dem Rath v. Freireich zu Wolmirstedt, den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen, und dem bei Allerhöchster Befehlshandlung in Brüssel an- gestellten Legations-Sekretär Grafen v. Stremming den Charakter als Legations-Rath beizulegen. — Dem Lehrer Adolph An- driesen an der höheren Lehranstalt zu Rheide ist das Prädi- kat „Belehrer“ beigelegt worden.

B e z a n n t m a c h u n g .
Obgleich die Erneuerung oder Prolongation des konstituirten Wechsel der Regel nach nicht statthaft ist, kommen doch Fälle vor, in welchen dies

ausnahmeweise zugelassen wird. Es ist angeordnet worden, daß vom 1. Januar 1851 an in solchen Ausnahmefällen der Distriktsrat um Ein Prozent über, als er sonst allgemein gilt, berechnet werde. Das königliche Haupt-Bau-Direktorium wird die verschiedenen Baustellen mit Anweisung über die Ausführung dieser Anordnung versehen. Berlin, den 19. Dezember 1850. Der Chef der preussischen Bauh. Hanfmann.

Angekommene: Se. Durchlaucht der General-Lieutenant und Kommandeur der 6ten Division, Fürst Wilhelm Radziwill, von Jallenberg.

Berlin, 26. Debr. [Die Truppen auf den Eisenbahnen. — Verfügung wegen Berücksichtigung der Dolmetscher bei den Gerichten und der Kassenbeamten. — Monument für den Grafen Brandenburg. — Vermischtes.] Da bei den häufigen Transporten durch die Eisenbahnen in neuester Zeit bei Gelegenheit der Mobilmachung nicht unbedeutende Beschädigungen durch Unvorsichtigkeit der Soldaten, und zum Theil durch Nichtbeachtung der Seiten der Eisenbahndirektionen theilweise Vorfälle für das reisende Publikum vorgekommen sind, so hat sich das Kriegsministerium veranlaßt gesehen, in dieser Beziehung die Truppen auf die genaue Befolgung der zur Ordnung und Sicherheit notwendigen Bestimmungen zur Wahrung neuer Unglücksfälle aufmerksam zu machen. — Durch nachträgliche ministerielle Verfügung sollen bei vorkommenden Entlassungen der Wehrmänner von der Fahne auch vorzugsweise die bei den Gerichten angestellten gewesenen Dolmetscher und die Kassenbeamten berücksichtigt werden. Bei der Entlassung von Landwehrmännern, gleichviel vom ersten oder zweiten Aufgebot, soll ausdrücklich bekannt gemacht werden, daß die Entlassung nur auf unbestimmte Zeit stattfindet, die Wehrmänner sich jederzeit bereit zu halten haben, bei erfolgter Wiederberufung sofort zu ihrer Truppe zurückzukehren und daß ein tretenden Falls wieder die Säumnigen oder Ungehorsamen nach der Strenge der Gesetze verfahren werden soll. — Zur Herstellung eines Monuments für den verstorbenen Minister-Präsidenten, Grafen Brandenburg, sind die betreffenden Aufforderungen an die Truppenbefehlshaber und die Offiziere der Armee ergangen. — In den militärischen Handverhältnissen wird mit Eifer an einem Vorrathe von Befehlsgegenständen für die Armee gearbeitet. — Nach dem im Sommer d. J. erlassenen abändernden Bestimmungen über die Handhabung des Wachtdienstes, sollte vor Stabsoffizieren an den Wachen nicht heraufgerufen werden; durch die erfolgte Mobilmachung ist jedoch das Herausrufen der Wachen vor Stabsoffizieren bei den Feldtruppen wieder angeordnet.

[Zur Statistik der periodischen Presse.] Nach betreffenden Ermittlungen existiren vor dem Juni d. J. im Umfange des preussischen Staates 809 Zeitschriften der verschiedensten Art, von denen, wenn sie nach ihrer Parteilichkeit und Tendenz gruppiert werden, 159 konservative resp. gouv. elementale, 201 oppositionelle resp. demokratische, 167 neutrale an unbestimmter und schwankender Haltung waren, und 282 theils wissenschaftlichen, theils technischen Zwecken, theils zur Unterhaltung dienenden. Davon erschienen: in der Provinz Preußen 93, und zwar 14 konservative, 21 oppositionelle, 18 neutrale, 40 wissenschaftlicher oder technischer Tendenz; in der Provinz Posen 31, und zwar 4 kons., 11 oppos., 11 neut., 5 wissensch. oder techn. Tendenz; in der Provinz Brandenburg 82, und zwar 16 kons., 18 oppos., 30 wissensch., oder techn. Tendenz; in Berlin 77, und zwar 12 kons., 13 oppos., 2 neut., 50 wissensch. oder techn. Tendenz; in der Provinz Pommern 55, und zwar 13 kons., 8 oppos., 4 neut., 30 wissensch. oder techn. Tendenz; in der Provinz Schlesien 131, und zwar 34 kons., 40 oppos., 28 neut., 29 wissensch. oder techn. Tendenz; in der Provinz Sachsen 114, und zwar 19 kons., 28 oppos., 42 neut., 25 wissensch., oder techn. Tendenz; in der Provinz Westfalen 67, und zwar 16 kons., 18 oppos., 19 neut., 14 wissensch. oder techn. Tendenz; in der Rheinprovinz 159, und zwar 31 kons., 44 oppos., 26 neut., 59 wissensch., oder techn. Tendenz. Es kam danach im Allgemeinen auf je 20,186 Einwohner des preussischen Staates eine Zeitschrift. Seit dem Juni und namentlich seit der Preßverordnung vom 5. Juni d. J. sind überhaupt bis zum 1. Oktober 137 Zeitschriften eingegangen, und zwar 15 konservative, 98 oppositionelle, 24 neutrale. Es existiren am 1. Oktober d. J. 627 Journale, d. i. auf 24,302 Bewohner ein Journal. Seitdem sind noch mehrere Blätter, über welche zur Zeit des 1. Oktober Kautionsverordnungen stattanden, eingegangen, und namentlich im Regierungsbezirk Sumbinnen alle bis auf eins, so daß hier auf 614,047 Individuen eine Zeitschrift kommt.

G. Breslau, 27. Debr. [Zur Einkommensteuerfrage nach der Gemeindeordnung.] Nach § 2 des Gesetzes vom 11. Juli 1822 sollte das Einkommen der Beamten, „wobei es einerseits seinem ganzen Dasein nach von dem Leben, der Gesundheit und andern zufälligen Verhältnissen der Person abhängig und andererseits seinem ganzen Betrage nach bestimmt ist, und dadurch auf der einen Seite gegen Grund- und Kapitaleinkommen und auf der andern Seite gegen Gewerbeeinkommen im Nachtheile steht,“ immer nur mit der Hälfte des Betrages zur Einkommensteuer herangezogen werden. Gesetze bleiben bekanntlich so lange in Kraft, als sie nicht ausdrücklich aufgehoben sind. Aus diesem Grunde sind von verschiedenen Seiten Zweifel angeregt worden, ob mit Einführung der Gemeindeordnung das volle Einkommen der Beamten zur Einkommensteuer herangezogen werden könne. Diese Zweifel können wir nicht für begründet erachten, wenn wir auch zugeben wollen, daß die Gründe des Gesetzes vom 11. Juli 1822, durch welche dem Einkommen der Beamten bei der Besteuerung Rechnung getragen wurde, theils geblieben sind. In der Umgestaltung unserer politischen Verhältnisse ist die Besteuerung noch immer eine offene Frage und eine allgemeine für den Umfang des ganzen Staates gültige Norm wegen Besteuerung des Einkommens ist bis jetzt nicht erschienen. Vor der Hand haben wir nur folgende, das Besteuerungsverhältnis betreffende Bestimmungen:

- 1) die Verordnung vom 29. Juli 1849, durch welche die Vorarbeiten für die verheißene Aufhebung der Grundsteuerfreiheit eingeleitet werden,
- 2) die Verordnung vom 7. Debr. 1849, wodurch die nach dem Gesetze vom 30. Mai 1820 eingeführten Befreiungen von der Klassensteuer aufgehoben werden.

In Art. 101 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 ist festgesetzt:

„In Betreff der Steuern können Vorzugungen nicht eingeführt werden. Die bestehende Steuererhebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft.“

Würde nichts weiter als dieses noch sehr undeutliche Lineament der Besteuerungsgrundsätze vorliegen, würde ferner die Annahme gelten, daß der Art. 101 der Verfassung auch auf die von den Kommunen zu erhebende Steuer sich beziehe, so hätten die oben angeregten Zweifel über die Aufhebung des Gesetzes vom 11. Juli 1822 ihre Begründung. Denn die in Aussicht gestellte Revision der Steuererhebung ist noch nicht erfolgt, und sodann ist es doch sehr fraglich, ob es eine Bevorzugung der Beamten ist, wenn sie mit der Hälfte ihres Einkommens besteuert werden.

Die für eine solche Besteuerung in dem Gesetze vom 11. Juli 1822 angegebenen Gründe gehen nämlich davon aus, daß das Nichtbesteueren bevorzugt ist, wenn der Beamte von seinem vollen Einkommen besteuert wird. Aller dieser Bedenken ungeachtet müssen wir nach der Gemeindeordnung vom 11. März d. J. und dafür entscheiden, daß das volle Einkommen des Beamten zu besteuern ist. Nach § 3 derselben sind alle Einwohner

zur Theilnahme an den Gemeindefürsorgen nach den Vorschriften dieses Gesetzes verpflichtet. Der § 4 besagt nun klar und deutlich:

„Alle persönlichen Befreiungen sind ohne Entschädigung aufgehoben.“

Hier finden wir die Entledigung der Zweifel, ob das Gesetz vom 11. Juli 1822 aufgehoben sei. Da die Befreiung des Beamten hinsichtlich der Hälfte seines Einkommens von der Steuer eine persönliche Befreiung, jedenfalls im Sinne des Gesetzes (§§ 63, 68 Einleitung zum allgemeinen Landrechte) ein persönliches Privilegium ist; so kann man nicht bestreiten, daß das Gesetz vom 11. Juli 1822 durch den § 4 der Gemeindeordnung aufgehoben worden ist. Scheinbar, aber auch nur scheinbar steht der § 47 der Gemeindeordnung dieser Auffassung entgegen. Hiernach „können die Gemeindebehörden, so lange die Steuererhebung noch nicht beendet ist, es bei den Grundbesätzen, nach welchen die Gemeindefürsorgen bisher erhoben worden sind, belassen.“ Es läßt sich nämlich hieraus folgen, daß zu den bisherigen Grundbesätzen die Freilassung der Hälfte des Einkommens von der Steuer gehört. Allein diese Folgerung steht im Widerspruch mit dem in § 4 der Gemeindeordnung ausgesprochenen absoluten Aufhebung jeder persönlichen Befreiung, und sodann sind die Gemeindebehörden nicht verpflichtet, sondern höchstens berechtigt, jene älteren Grundbesätze der Erhebung der Steuer zu Grunde zu legen. Endlich würde es auch sehr fraglich sein, ob unter den alten „Grundbesätzen“ etwas Anderes, als der gewöhnliche Repartitionsmodus und der Prozentsatz der Steuern zu verstehen ist. Der Zusammenhang der angeführten Stelle im § 4 der Gemeindeordnung mit der unmittelbar vorhergehenden Bestimmung, daß von dem Gemeinderathe die Kommunalsteuern „nach dem Fuße der direkten Staatsabgaben“ erhoben werden sollen, giebt zu erkennen, daß unter den Grundbesätzen der Besteuerung der Repartitionsmodus und der Prozentsatz zu verstehen ist.

Referent hat seine Ueberzeugung im Vorstehenden ausgesprochen, er hält die Frage selbst von großer Wichtigkeit für den ganzen Beamtenstand und wünscht, daß etwaige Gründe für entgegenstehende Ansichten zur öffentlichen Besprechung gelangen. Dann wird ein unparteiisches Urtheil sich leicht herausstellen.

Deutschland.

Die Konferenzen zu Dresden.

Dresden, 24. Dezember. Die Konstituierung der Ministerkonferenz wird erst am 27. Dezember erfolgen. Vertrauliche Berathungen zwischen dem Fürsten Schwarzenberg und dem Minister v. Mantuffel finden täglich, oft zwei Mal und mehrere Stunden dauernd, im Prinzenpalais statt. Zu denselben werden auch Herr v. Proß und der Graf Alvensleben zugezogen. Gegenstand der Berathung bildet eine gemeinsame Vorlage für die Konferenzberatung aller Regierungen. Nur die Bevollmächtigten der Königreiche und der sächsischen Herzogthümer waren gestern zum Diner des Königs geladen und erschienen. (D. A. Z.)

Dresden, 25. Dezember. Von Bevollmächtigten deutscher Staaten bei den Ministerialkonferenzen ist seit unserer letzten Mitteilung noch Staatsminister v. Baumbach für Kurhessen hier eingetroffen. Von Hannover ist der österreichische Gesandte am hannoverschen Hofe, Baron v. Langemann, und von Berlin der kurhessische Geschäftsträger am preussischen Hofe, Herr v. Dörnberg, angelangt. (D. A. Z.)

Dresden, 26. Debr. Die Erledigung der Präsidialfrage bei den Konferenzen steht noch bevor. Wahrscheinlich wird man dazu erst schreiten, wenn die noch fehlenden Bevollmächtigten von Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Nassau, Baden u. eingetroffen sind. Vergebens erwartete man als Bevollmächtigten Kurhessens Herrn Haffenpflug, da sächsische Blätter bereits dessen Abreise nach Dresden meldeten. Es ist statt dessen sein Kollege, v. Baumbach und der hessische Geschäftsträger am k. pr. Hofe, v. Dörnberg, aus Berlin angekommen. Wie man vernimmt, werden selbst während der Festtage Verhandlungen gepflogen, die jedoch wie die früheren Formalitäten angehen werden. Unter den zur Entscheidung auf die Tagesordnung gestellten Fragen nimmt Schleswig-Holstein die erste Stelle ein, da die früher so drängende kurhessische Frage nach dermaligem Stande als faktisch gelöst betrachtet und „Ruhe und Ordnung“ dort wieder hergestellt ist. Der dänische Bevollmächtigte für Holstein und Lauenburg, Hr. v. Pechlin, wird nicht verabsäumen, auf schnellste Beendigung der Sache hinzuwirken, da die dän. Armee wohl kaum für den Winter das Feld besetzen könnte. — Daß auch das Ausland den hier stattfindenden Konferenzen die größte Aufmerksamkeit widmet, ist nicht zweifelhaft, und dürfte der Umstand, daß mehrere bedeutende ausländische Blätter eigene Korrespondenten für die Zeit der Konferenzen hierher geschickt haben, dafür den vollständigsten Beweis liefern.

Kassel, 23. Debr. [Nachmittags.] Unsere Stadt bietet gegenwärtig ein Miniaturbild der zwispaltigen Einigkeit in unsern deutschen Vaterlande dar. Vor dem Gasthause zum König von Preußen, das am Königspalast liegt, steht ein preussischer, ein österreichischer und ein bayerischer Posten, was auf große Eintracht schließen läßt; aber der aufmerksamere Beobachter kann bald erkennen, wie der Preisze die beiden Andern, namentlich aber den Baiern, zuweilen schief anblickt, und der Baiern kann das Ansehen eines Eindringlings nicht verbergen, wie sehr er sich auch in die Brust zu werfen sucht. In den Konditoreien und Wirtschaften findet man Soldaten der drei Fürsten zusammen, aber es fallen spitzige Reden, namentlich zwischen Preußen und Baiern, und die gemeinen Leute lassen es bei bloßen Worten nicht bewenden, sondern bringen ihre Einigkeit auf fühlbare Weise sich gegenseitig zum Bewußtsein, ja schreiben sie sich einander sogar mit Blut ins Gesicht. Seit gestern sind schon an verschiedenen Orten blutige Schlägereien vorgefallen, und es sind deshalb bis tief in die Nacht hinein Patrouillen durch die Stadt gezogen. Heute gegen 12 Uhr waren die Wachmannschaften beider Theile auf dem Friedrichsplatz aufmarschirt, und es schien, als ob eine Differenz wegen Beziehung der Wache am Lusthorst im Auge sei. Es kam indes nicht dazu. Die Baiern, in deren Mitte einige Defestreicher sich befanden, zogen nach dem Hallengebäude am Königspalast und nach dem Lokale der höheren Gewerkschule am Martinisplatz, wo sie Wachtlokale einrichteten. Die Quartiere der verschiedenen Truppen sind nicht scharf getrennt. In vielen Häusern liegen Preußen, Defestreicher und Baiern. Bei dem getrigen Einmarsche der Bundestruppen sind die preussischen Soldaten in ihre Quartiere konfignirt gewesen.

Zwischen dem preussischen Kommissar und dem Kommissar des deutschen Bundes sind ernsthafte Differenzen eingetreten. Der Graf Leiningen benimmt sich gegen den General v. Peucker mit anmaßlicher Geringschätzung. Ueber die zu treffenden Maßregeln findet keine Verständigung zwischen Beiden statt. Der Erstere ordnet allein an, und handelt im Namen des deutschen Bundes. Der Letztere ist nur da, um dem zu zuschauen, was Vornehmere thut. Vergleichlich hat der General v. Peucker widersprochen, daß bayerische Truppen in so großer Anzahl hier in der Stadt einquartiert würden; vergänglich sind alle an den vorigen Tagen mit den hiesigen Behörden gepflogenen Verhandlungen geblieben, denn der Bundes-Kommissar erkennt nicht an und bestreht, als ob gar Nichts vorgegangen, ja er hält es nicht einmal der Mühe werth, die geringste Notiz von den Bemühungen Peucker's zu nehmen. Es ist sogar verlangt worden, daß der preussische Stadtkommandant seine Funktionen

einstelle. General v. Peucker hat ehestens durch den Telegraphen dem Herrn v. Mantuffel davon Nachricht gegeben und seine Stellung hier für unerträglich erklärt. Hr. v. Mantuffel hat ihm auch sofort die Weisung zugehen lassen, außer dem hier befindlichen Bataillon noch zwei Escadrons Kürassiere nach Kassel zu ziehen, um seiner Stellung Nachdruck zu geben. Diese Weisung ist dem General v. Peucker doch zu selbstsam erschienen, so daß er sich unmittelbar an den König gewendet und von diesem die Ermächtigung erhalten hat, das Corps des Generals v. Lieben, welches zum Theil noch auf kurhessischem Boden steht, wieder in die Umgebungen von Kassel und in die Stadt selbst zu ziehen. Deshalb werden heute und morgen nach Einigen 4000, nach Andern 6000 Mann preussischer Truppen, darunter die grünen Husaren, ein Jägerbataillon und das 17. Regiment in Kassel und dessen Nähe erwartet. Bis zur Stunde, wo ich dies schreibe (4 Uhr), sind zwar in der Stadt keine von diesen Truppen angekommen, aber ich habe heute Mittag Leute gesprochen, die aus der Gegend von Wolfshagen und Hofers in die Stadt und ausgaben, daß die dort liegenden Preußen heute Morgen nach Kassel zu aufgebrochen wären. Hier legt man auf diese Truppenbewegung, auch wenn sie sich bestätigen sollte, kein Gewicht, ja man findet sie nur zum Nachtheile Kassels, und es wird hier allgemein gewünscht, daß die preussischen Truppen das Land je eher desto lieber verlassen möchten.

Was wir von der Dmüger Konvention halten sollen, wird immer unklarer. Der Graf v. Leiningen handelt offen als Commissar des deutschen Bundes. Als solcher hat er nicht nur an die Behörden die bereits mitgetheilte Aufforderung zu lassen, sondern auch heute ein Plakat, datirt vom 22. Debr., an alle Straßencken anheften lassen, wodurch der Kriegszustand wieder in Kraft gesetzt wird und dessen wesentlicher Inhalt schon gestern ausgerufen worden ist. Der Bundes-Kommissar soll mit dem preussischen gar nicht zusammenkommen, ja gar keine Notiz von demselben nehmen.

Einlegung von Exekutionsmannschaft oder Bequartierung hat bis jetzt noch nicht stattgefunden, und die österreichisch-bayerische Einquartierung hat bisher sichtlich sich beschränkt, den üblen Ruf, der vor ihnen hergegangen, als unverbändigt darzustellen.

Abends. Was ich in meinem Schreiben von heute Nachmittags über das Verhältnis der beiden Kommissare hier berichtet habe, kann ich jetzt genauer formuliren. Thatsache ist, daß der Kommissar des deutschen Bundes, Graf Leiningen, sich so stellt, als ob ein preussischer Kommissar gar nicht hier sei, daß er diesen gar nicht anerkennen will. General v. Peucker hat in den letzten Tagen an den Minister des Auswärtigen, Herrn v. Mantuffel, in Berlin mehrmals berichtet, daß seine Stellung hier nicht nur eine penible sondern auch eine für die preussische Regierung nicht ehrenvolle sei. Herr von Mantuffel hat aber auf diese Klagen nur geantwortet, er könne nicht finden, daß die Auffassung des Generals richtig sei und die Ehre Preußens kompromittirt werde. General v. Peucker hat aber gestern nach dem Einmarsche der Bundestruppen seine Vorstellungen dringender wiederholt und namentlich hinzugefügt, daß er bei der Art, wie von Seiten des Bundeskommissars die Anwesenheit des preussischen Kommissars gänzlich ignoriert werde, und da den Dmüger Verhandlungen entgegen Baiern in so großer Anzahl hier eingekerkert wären und Quartier genommen hätten, mit Ehen nicht länger hier fungiren könne. Hierauf ist ihm in voriger Nacht der Befehl zugegangen, darauf zu bestehen, daß die Baiern Kassel wieder verlassen, die Sicherheitswachen, namentlich an den Thoren, durch preussische Truppen besetzt zu halten und die Stadtkommandantur nicht an den Bundeskommissar abzugeben. Zur Erreichung dieser Zwecke ist ihm unbedingte Willmacht erteilt und insbesondere die Ermächtigung erteilt worden, das Corps des Generals Lieben wieder nach Kassel zu ziehen. Dieser Befehl ist nicht vom Herrn v. Mantuffel, der gestern schon von Berlin nach Dresden abgegangen war, erteilt worden. Ueber das Verhalten des Lieben'schen Corps auf Kassel habe ich zwar völlig sichere Nachricht nicht zu erlangen vermocht; aber es heißt allgemein, daß ein Theil desselben heute Abend bereits in Grebenstein, drei Stunden von hier und umgeben wieder angekommen sei. Auch wurde heute Abend in der Stadt gesagt, daß morgen früh die Baiern oder ein Bataillon derselben uns wieder verlassen würden.

Gestern waren die auf den nächsten Dörfern bei Kassel, z. B. in Wehlheim, Kirchditteln, Rothenditteln, liegenden bayerischen Truppen ausmarschirt und hatten den Weg nach Grebenstein und Hofersmarc eingeschlagen. In Grebenstein und Umgebung angelangt, haben sie kaum Quartier gefunden, als der Befehl eintrifft, sofort wieder nach den Orten, von wo sie ausmarschirt, zurückzukehren. Sie haben denn auch auf der Stelle ihren Rückmarsch angetreten und sind um Mitternacht in ihren alten Quartieren angelangt. Ich habe den Grund dieses Befehls nicht zu erforschen vermocht. Mit der Annäherung der Preußen kann dieser Rückmarsch unmöglich zusammenhängen. Manche wollen die Ursache desselben in der Befürchtung finden, daß in Kassel der Ausbruch von Unruhen befürchtet worden. Aber es gehört nur ein sehr kleines Maß von Beobachtungsgabe und von Kenntniß der hiesigen Zustände dazu, um eine solche Befürchtung als völlig aus der Luft gegriffen und als lächerlich zu erkennen.

Zur Charakteristik unserer Zustände und des Verhältnisses zwischen den preussischen und bayerischen Truppen glaube ich noch ein paar Züge mittheilen zu müssen. In voriger Nacht findet eine preussische Patrouille auf der Straße einen bayerischen Soldaten, der wahrscheinlich etwas zu viel getrunken hat, und sich gröblich benimmt. Die Patrouille will ihn festnehmen und mit sich fortführen, als eine bayerische Patrouille dazu kommt und dies zu verhindern sucht. Darüber entsteht Streit, und ein Baiern verweist einem Preußen einen Bajonettschlag, der bis auf den Knochen geht, übrigens ungefährlich ist, wird aber von den ergrimmten Preußen dergestalt wieder geschlagen, daß er an der Wunde gestorben ist. Nicht trauriger, vielmehr heiterer Art sind zwei andere Züge. Heute Morgen wollen mehrere vor dem Leipziger Thor in Quartiere liegende Baiern mit Gewehr und Saal und Pack durch das Thor in die Stadt, um sich auf den Friedrichsplatz zu begeben, wo sie sich versammeln sollen. Der am Thor stehende Posten will sie aber nicht hereinlassen, und fällt, da die Baiern sich nicht beugen lassen, das Gewehr. Das hilt. Es sammeln sich nun noch mehrere Baiern, die in jener Vorstadt ihr Quartier haben, auch ein Paar Offiziere, am Thor, aber der Posten verwehrt ihnen beharrlich den Eingang in die Stadt, bis die Baiern in Reih und Glied getreten sind, und in geordneter Kolonne, von ihren Offizieren geführt, sich in Marsch setzen. Dann erst läßt der preussische Posten den Weg frei. Gestern geht ein bayerischer Offizier in der Königsstraße an einem preussischen Posten vorüber, ohne daß dieser das Gewehr anhebt. Der Baiern setzt sich um, und fragt den Preußen, ob er nicht sehe, daß ein Offizier an ihm vorübergehe. Der Preusse entgegnet, er könne nur preussische Offiziere. Um Schlägereien in Wirtschaften zu verhüten, ist heute gegen Abend durch öffentlichen Ausruf bekannt gemacht worden, daß alle Wirtschaften um 9 Uhr geschlossen werden sollen.

Der Graf Leiningen wohnte bisher im König von Preußen, wo auch der General v. Peucker logirt. Heute ist er auch eine örtliche Abordnung eingetroffen. Graf Leiningen ist in den römischen Kaiser übergesiedelt, wo auch der kurhessische Kommissar und Kommandeur der Bundestruppen wohnen. Wir haben also in unserer Mitte ein königliches und ein kurhessisches Hauptquartier.

tier, die sich gegenseitig mit misstrauischen Blicken beobachten und so die deutsche Einigkeit anschaulich darstellen. (D. A. Z.)

Kassel, 24. Debr. [Nachmittags.] Haffenpflug verhängte den Kriegszustand über das ganze Land, um nicht eine mögliche Rebellion zur theilschuldigen Erscheinung kommen zu lassen, und um der Welt glauben zu machen, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung in Kassel ernstlich bedroht sei. Einen ähnlichen Zweck scheint die heute an den Straßencken angeheftete Verkündung des Grafen Leiningen zu haben, deren Inhalt schon gestern Abend durch öffentlichen Ausruf bekannt gemacht worden; dieselbe lautet wörtlich so:

„Ich finde mich veranlaßt, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit Folgendes zu verfügen: Jede Unversichtigkeit gegen Militärpersonen der Ausübung ihres Dienstes, sowie auch Verletzung derselben außer Dienst wird kriegerisch zur Bestrafung gezogen. Zur Vermeidung desfalligen Vergehungen wird angeordnet: 1) Alle Wirtschaften sind um 9 Uhr, sofern nicht spezielle Ausnahmen gestattet werden, zu schließen. 2) Das Zusammenkommen und Warten auf den Straßen ist untersagt. 3) Alle Lehrer, Eltern, Dienstherrn und Meister werden angewiesen, ihre Schüler, Kinder, Gefinde, Gesellen und Lehrlinge mit dem Eintritt der Nacht von den Straßen entfernt zu halten. 4) Bei eintretendem nächtlichen Alarm sind von den hiesigen Einwohnern die auf die Straßen führenden Keller ihrer Wohnungen zu beleuchten. Die Polizei-Bezirke haben für schlechte Beleuchtung und plötzliche Beobachtung vortheilhafter Bestimmungen bei eigener Verantwortung sorgen zu lassen, und werden die Zuwiderhandelnden gegen obige Befehle alsbald verhaftet und zur polizeilichen Bestrafung gebracht, sofern nicht Vergehungen der im Eingange erwähnten Art mitbegriffen sind, wo alsbald sofortige Arrestirung und Abführung zum kriegerischen Verfahren eintreten soll.“

Kassel, 25. Dezember 1850.
Der Bundes-Kommissar für die kurhessischen Angelegenheiten.
Graf v. Leiningen, Feldmarschall-Lieutenant.

Wer, ohne die hiesigen Zustände zu kennen, diese Verkündung liest, muß annehmen, daß Kassel in vollem Aufstande gewesen, oder daß doch wenigstens die öffentliche Sicherheit und Ruhe in unsern Mauern ernstlich bedroht ist. Und dennoch ist die Ruhe niemals gekört, auch in den letzten Tagen in keiner Weise bedroht gewesen, wenn man nicht die Soldatenschlagerien hierher rechnen will. Die preussischen Militär-Behörden, welche seit dem 2. Dezember die hiesigen Zustände kennen zu lernen himmelstiege Gelegenheit gehabt haben, werden bezeugen, daß die Bevölkerung der Residenz nicht die geringste Veranlassung gegeben hat, um einen gerechtfertigten Kriegszustand zu verhängen, oder Anordnungen zu treffen, wie die des Hrn. Bundeskommissars sind. Nicht einmal Kien, geschweige Zusammenrottungen haben hier stattgefunden. Nur erst seit dem Einmarsch der Bundestruppen sind einige Excesse vorgekommen, wobei aber meines Wissens Civilisten nicht theilhaftig gewesen sind.

Heute ist mit Ausführung der Exekutionsmaßregeln begonnen worden. Es sind dem Ober-Bürgermeister, jedoch nicht als solchem, sondern als Mitglied des Oberjunkeramtes, 26 Mann Soldaten — Strafbaiern, wie man hier gewöhnlich sagt — eingeleitet worden.

Heute Morgen ging eine bayerische schwere Batterie, zum Leipziger Thor hereinkommend, hier durch und durch das Holländische Thor weiter. Ihr Bestimmungsort ist mir nicht bekannt geworden. Ein Bataillon Baiern hat uns heute verlassen und ist auf nicht liegende Dörfer verlegt worden. Dies ist eine Folge der Reclamationen des preussischen Kommissars, und es haben hierauf die auf Kassel im Anzuge begriffenen Truppen des Lieben'schen Corps Befehl erhalten, da, wo sie sich befinden, vorerst stehen zu bleiben.

Der dritte Redakteur der unterdrückten Neuen Hessischen Zeitung, Dr. Pinhas (früher Redakteur der mit der Neuen Hessischen vor sechs Monaten verschmolzenen Kasselschen Allgemeinen Zeitung) ist heute eilig von hier abgereist. Ich kann den Grund davon nur darin finden, daß er Kunde von ihm drohenden Unannehmlichkeiten erhalten hat. Vom 1. Januar an erscheint die Kasseler Zeitung, wie sie mittheilt, in Kassel. Dieser Artikel ist bekanntlich in Wilhelmshafen. Die Neue Hessische Zeitung hat, wie sie anzeigt, einwilligen zu erscheinen aufgehört. An ihre Stelle tritt ein Neuer Hessischer Anzeiger. (D. A. Z.)

Hannover, 24. Debr. [Militärisches.] In Folge der beruhigenden Nachrichten aus Kassel hat der seit längerer Zeit in der Gegend von Münden mit einem hannoverschen Truppenkorps stationierte Oberst v. Brandis Deder erhalten, diese Stellung zu verlassen, und die seinem Kommando unterstellten Truppenteile in ihre respektiven Garnisonen zu dirigiren. Zugleich hören wir, daß diejenigen bayerischen Regimenter, welche vor einigen Tagen Kassel von Hersfeld aus passirten, die unferne Gränze zunächst liegenden hessischen Distrikten mitbesetzen werden. (Niederr. Z.)

Oldenburg, 23. Debr. [Landtag.] In seiner vorgestrigen Sitzung beschloß der Landtag nach längerer Debatte, die Eröffnungsbrede durch keine Adresse an den Großherzog zu beehren, sondern daß der Gesamtvorstand des Landtages beauftragt werden solle, sich zum Großherzoge zu verfügen, um den Gruß, welchen Sr. k. Hoheit dem Landtage habe vermeiden lassen, mündlich zu erwidern. In der heutigen Sitzung zeigte der Präsident an, daß der Gesamtvorstand so eben seines Auftrags sich entledigt habe. Der Inhalt der Audienz wurde weiter nicht angegeben. Sie ist kurz gewesen und dem Vernehmen nach hat sie nur die Ausrufung Sr. königl. Hoh. enthalten: „Aus den gemachten Vorlagen wird der Landtag ersuchen, daß es Ihre Gnade ist, und ich hoffe, der Landtag wird sich auch mit Ernst und Eifer seiner Aufgabe unterziehen.“

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Neudöhring, 24. Dezember. Zum Platzkommandanten in Neudöhring ist der Hauptmann Lüders, und in Hohenwerfde der Premierlieutenant v. Stülffeldt als Patronat bestellt worden. Als Feldkaplan ist der katholische Priester Fahne angestellt worden. — Von einem Patrouillengang brachte das 1te Bataillon gestern einen Gefangenen mit zurück, den es bei Steckede gefaßt.

Vom Kriegsschauplatz geht uns nachfolgende Einsetzung, datirt vom 22. Dezember, zu: „Wenngleich die Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Ihrem geschätzten Blatte im Allgemeinen stets so vollständig als möglich gegeben werden, so liegt es doch in der Natur der Sache, daß manche Einzelheiten nicht zur Deffentlichkeit gelangen, die oft besonders geeignet sind, das Verfahren, mit welchem unser Feind die Kriegsführung betreibt, in das rechte Licht zu stellen. Ich möchte den Vorpostenkrieg der Dänen eher einem Raubkrieg nennen, wie er unter nichtwissenden Völkern Einte ist, jedoch mit dem Unterschied, daß bei jenen Raubzügen sich wenigstens noch Tapferkeit mit Raubgier paart, während bei diesen zu der Gier nach Beute, und besonders nach genießbarer, sich noch Feigheit gesellt. Die armen Einwohner in dem, von beiden Armeen nicht besetzten Landstriche, die genug unter diesen Raubzügen zu leiden haben, weil die Tapferkeit der deutschen Waffen nicht überall ihnen zu steuern vermag, werden wohl im Grunde sehr, in nächster Zeit viele Beläge dafür beibringen; aber auch jetzt schon sollen mancherlei Erfahrungen, welche ich über die dänische Art der Kriegsführung zu sammeln Gelegenheit gefunden habe, dem lesenden Publikum nicht vorenthalten werden. — Näher sich eine Schleswig-Holsteinische Patrouille der dänischen Stellung, — und dies geschieht mit fast übertriebener Keckheit bei Tag und Nacht — so wird vom Feinde auf größtmögliche Entfernung, gewöhnlich von 6—800 Schritten, auf Einzelne unserer Plänkler ein mörderisches Feuer eröffnet, wodurch wie natürlich nicht irre gemacht werden. Ein näheres Ansehen, als bis auf 600 Schritte, wartet „Hannemann“ jedoch nie ab, sondern zieht sich stets eilig zurück. Wir hatten schon lange gehofft, die Feinde würden, nachdem Fieber von ihnen durch die Sorgsamkeit des dänischen Oberkommandos mit einem Paar neuer Hotzschüß-

